



123. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen

16. Mai 1989

Information Nr. 250/89 über die 123. Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) in der DDR vom 5. bis 6. Mai 1989 in Görlitz

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3735, Bl. 29–35 (1. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Stoph, Jarowinsky, Krenz, Kraußner, Löffler – MfS: Mittig, Leiter HA XX, HA XX/4, Carlsohn, Tannhäuser (ZAIG/1), Ablage (vernichtet am 24.5.1989).

Vermerk

Über dem Dokumentenkopf maschinenschriftlich: »Information erhalten auch die Gen. Stoph, Jarowinsky, Krenz, Kraußner und Löffler«. Im Dokumentenkopf Paraphe Erich Honeckers mit Datum 21.5.1989. Am Ende des Dokuments Unterschrift: »Mielke«.

Bemerkungen

Zahlreiche handschriftliche Unterstreichungen und Randmarkierungen (siehe Fußnoten). Das 5. Exemplar der Information (Kraußner) ist enthalten in: BStU, MfS, ZAIG 33410, Bl. 86–92.

Verweise

Informationen [227/89](#) und [154/89](#).

An der Tagung der KKL nahmen mit Ausnahme von Bischof *Demke*,¹ *Magdeburg*, *Konsistorialpräsident Kramer*,² *Magdeburg* und Präses *Gaebler*,³ *Leipzig* (alle erkrankt) alle anderen Bischöfe sowie die Leiter der kirchlichen Verwaltungseinrichtungen der Landeskirchen teil.

Im Mittelpunkt der Tagung standen

- Berichte und Stellungnahmen zur 3. Vollversammlung der »Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«;⁴
- Positionsbestimmung zur Formel »Kirche im Sozialismus«;⁵
- Stellungnahme der KKL zur Thematik »Kirche und Gruppen«;⁶
- Informationen und Diskussionen zu einigen bevorstehenden gesellschafts- und kirchenpolitischen Höhepunkten im Jahre 1989 (Pädagogis Kongress,⁷ Thomas-Müntzer-Ehrung,⁸ Domeinweihung in Greifswald,⁹ Kirchentage in Leipzig und in Westberlin¹⁰).

Über Verlauf und Ergebnisse der 3. Vollversammlung der »Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« (26. – 30. April 1989 in Dresden) berichteten die Bischöfe *Hempel*¹¹ (Dresden) und *Forck*¹² (Berlin) sowie Kirchenpräsident *Natho*¹³ (Dessau).

Nach Auffassung von *Hempel* und *Natho* wäre ein Großteil der in Dresden anwesend gewesenen kirchenleitenden Personen des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR sowie der Katholischen Kirche und der Religionsgemeinschaften darum bemüht gewesen, die auf der 3. Vollversammlung vorgelegten Entwürfe der Abschlussdokumente zu »entschärfen«.

Nach Äußerungen von Bischof *Hempel* seien alle derartigen Bemühungen durch das im Verlauf der Vollversammlung erfolgte »Eingreifen« seitens Vertretern staatlicher Organe zunichte gemacht worden. *Hempel* unterließ es dabei bewusst, die Mitglieder der KKL davon in Kenntnis zu setzen, dass er persönlich um ein Gespräch mit Vertretern des Staates nachgesucht hatte und dieses auf seine Initiative hin zustande kam.¹⁴

Nachdem – so Bischof *Hempel* weiter – eine Anzahl »angesprochener« kirchenleitender Personen das Präsidium der Vollversammlung über stattgefundene Gespräche informiert hätte, wäre es nicht mehr möglich gewesen, auf die Teilnehmer »versachlichend« einzuwirken. (Nach vorliegenden internen Hinweisen informierte lediglich Bischof *Hempel* das Präsidium der Vollversammlung über das mit ihm geführte Gespräch. Das demagogische Auftreten Bischof *Hempels* am Abschlusstag der 3. Vollversammlung fand demzufolge mit seiner tendenziösen Berichterstattung auf der KKL-Sitzung seine Fortsetzung.)

Auf der KKL-Sitzung wurde Übereinstimmung erzielt, dass jede Landeskirche in eigener Zuständigkeit entscheidet, wie mit der weiteren Auswertung der von der 3. Vollversammlung verabschiedeten Abschlussdokumente verfahren wird.¹⁵ Auf realistischen Positionen stehende Mitglieder der KKL wie Bischof *Gienke*¹⁶ (Greifswald) und Bischof *Rogge*¹⁷ (Görlitz) appellierten an die Anwesenden, insbesondere mit dem Dokument 003 »Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen«¹⁸ (vgl. Information des MfS Nr. 227/89 vom 2.5.1989) sehr sorgfältig umzugehen, da »eine falsche Handhabung automatisch zur Verschärfung des Verhältnisses Staat – Kirche führen« würde. Im Zusammenhang mit der Behandlung dieser Thematik wurde in der Diskussion wiederholt die Meinung vertreten, dass der weitere Verlauf des Konziliaren Prozesses in Gestalt der »Europäischen Ökumenischen Versammlung«¹⁹ (EÖV) und der Inhalt dort verabschiedeter Dokumente bei einer Reihe kirchlicher Personen »weitestgehende Ernüchterung« hervorrufen werde.²⁰ Die Ergebnisse der »EÖV« werden durch die von der 3. Vollversammlung bestätigte sogenannte Konsultativgruppe in entsprechenden Materialien aufbereitet und Interessenten über die jeweiligen Landeskirchenleitungen zur Verfügung gestellt.

Den Tagungsteilnehmern lag das im Auftrage der KKL von einer Ad-hoc-Gruppe der Studienabteilung des BEK in der DDR erarbeitete Positionspapier zum Thema »Kirche und Gruppen« zur Beschlussfassung vor, das als Orientierungshilfe für die Landeskirchen Verwendung finden sollte. Darin wurde u. a. der »Schutz der Kirche für politisierende Gruppen« gefordert.²¹

Bischof *Leich*²² bekräftigte in der Diskussion zu diesem Positionspapier seinen bereits auf dem sogenannten Thüringer Basisgruppentreffen in Weimar (März 1989)²³ vertretenen Standpunkt, wonach sich »Basisarbeit im Handeln gemäß den Grundsätzen des Evangeliums äußern muss.«²⁴ Basisgruppentätigkeit müsse immer an die Kirchengemeinden angelehnt sein und dürfe nicht außerhalb stehen, da sie Bestandteil der Gesamtkirchenarbeit sei.

Bischof *Leich*²⁵ führte weiter aus, die Schutzfunktion der Kirche beziehe sich auf kirchliche Amtsträger und Christen. Es sei aber nicht Aufgabe der Kirche, sich vor Personen bzw. Gruppen zu stellen, die eigenmächtige Aktivitäten unternehmen und dann die Unterstützung der Kirche verlangen. Er betonte mehrfach, die Basisgruppen müssten erkennen, dass sie »nichts Verselbstständigtes, sondern der Kirche angegliedert« seien.²⁶ Es könne nicht ständig Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche wegen eigenmächtiger Aktivitäten einzelner Basisgruppen geben.

Diese Haltung Bischof *Leichs* wurde von den Tagungsteilnehmern unterstützt. Die KKL lehnte deshalb das vorliegende Positionspapier ab und beauftragte das Sekretariat des BEK, auf der Grundlage der Ausführungen Bischof *Leichs* bis zur nächsten Tagung der KKL im Juli 1989 ein neues Positionspapier zu erarbeiten.

In Fortsetzung der Diskussion auf der 122. Tagung der KKL vom März 1989 zur Stellung der evangelischen Kirchen in der DDR in der sozialistischen Gesellschaft der DDR (vgl. Information des MfS Nr. 154/89 vom 3. April 1989) wurde erneut eine langwierige, teilweise kontrovers geführte Debatte zu der Formel »Kirche im Sozialismus« entfacht. Bischof *Leich* begründete seine wiederholt dazu getätigten Auffassungen mit dem Argument, dass die Formulierung »Evangelische Kirche in der DDR« politisch klarer sei.²⁷ Er verstehe diese als »Kirche für Jesus Christus unter den Bedingungen der DDR«. Bischof *Stier*²⁸ (Schwerin) unterstützte diese Haltung u. a. mit der Bemerkung: »Die Formel »Kirche im Sozialismus« wird vom Staat national und international für obligatorische politische Zwecke missbraucht.«

Im Gegensatz dazu vertraten die Bischöfe *Gienke* und *Rogge*²⁹ sowie Oberkirchenrat *Petzold*³⁰ (Berlin) die Auffassung³¹, diese von der Kirche geprägte Formel sei für die Christen in der DDR nicht mehr nur eine Standortbestimmung, sondern ein Weg und eine Aufgabe, aktiv am gesellschaftlichen Leben mitzuarbeiten.

Im Ergebnis der Diskussion wurde die Aufrechterhaltung der Formel »Kirche im Sozialismus« als Ausdruck der Beibehaltung des Kurses vom 6. März 1978³² bestätigt mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass es jedoch noch einer konkreteren und sachlicheren Interpretation dieses Begriffes bedürfe.³³ (Verlauf und Ergebnisse der Diskussion lassen jedoch erkennen, dass die Auseinandersetzungen in den kirchenleitenden Gremien zu dieser Thematik noch nicht abgeschlossen sind.)

Bischof *Gienke* informierte die KKL über den Stand der Vorbereitungen für die Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung des Greifswalder Doms am 11. Juni 1989. Seinen Darlegungen zufolge hätten bereits zahlreiche Persönlichkeiten von Politik und Wirtschaft aus dem westlichen Ausland, darunter der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, *Engholm*³⁴ (SPD), Dr. *Carsten*³⁵ (SPD) und Berthold *Beitz*,³⁶ Politiker aus skandinavischen Ländern, Mitarbeiter westlicher diplomatischer Vertretungen in der DDR sowie kirchenleitende Personen aus der BRD u. a. westlicher Staaten, ihre Teilnahme zugesagt. Bischof *Gienke* brachte in diesem Zusammenhang die Hoffnung auf die Teilnahme des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich *Honecker*,³⁷ an den Einweihungsfeierlichkeiten zum Ausdruck, da dies ein »Signal zur Weiterführung des Kurses vom 6. März 1978 setzen« würde.³⁸

Gegensätzliche Auffassungen vertraten dazu die Bischöfe *Forck* und *Stier* sowie Oberkirchenrat *Kirchner*,³⁹ Eisenach.⁴⁰ Sie behaupteten unter Bezugnahme auf die von der Kirche angestrebten, aber noch ausstehenden Sachgespräche mit führenden Repräsentanten des Staates, die Teilnahme des Staatsratsvorsitzenden an diesem Festakt gebe »ein verzerrtes Bild des Staat – Kirche-Verhältnisses zuungunsten der Kirche«.

Oberkirchenrat *Zeddis*⁴¹ (Berlin) berichtete über die stattgefunden gemeinsame Tagung des staatlichen und kirchlichen Komitees zur Ehrung Thomas *Müntzers*. Er bewertete diese Beratung als sehr konstruktiv und fruchtbar. Beide Seiten seien zu der Auffassung gelangt, dass in der Vergangenheit die Person Thomas *Müntzers* zu einseitig interpretiert bzw. seitens der Kirche ignoriert worden sei. Das wolle man jetzt korrigieren.⁴²

Auf den bevorstehenden Kirchentag der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Leipzig eingehend, verwies Bischof *Hempel* auf die »schleppende staatliche Unterstützung« im Gegensatz zu früheren analogen kirchlichen Veranstaltungen in Leipzig.

Er brachte dies in Zusammenhang mit der »generellen Situation« im Staat-Kirche-Verhältnis und mit konkreten Aktivitäten kirchlicher Basisgruppen und Antragsteller auf ständige Ausreise⁴³ in der Stadt Leipzig.⁴⁴

Oberkirchenrat *Ziegler*⁴⁵ (Berlin) teilte mit, dass die im Auftrage des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR erarbeitete Schulbuchanalyse⁴⁶ im Zusammenhang mit dem stattfindenden Pädagogischen Kongress an die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften übersandt wurde.⁴⁷ In dem Antwortschreiben der Akademie an den BEK sei mitgeteilt worden, dass dieses Material in Vorbereitung des Kongresses mit Verwendung finde.

Außerdem informierte *Ziegler* darüber, dass alle beim Staatssekretariat für Kirchenfragen eingereichten Delegiertenvorschläge zur Teilnahme am Evangelischen Kirchentag der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD) in Westberlin (7.–11. Juni 1989) genehmigt wurden. Er wertete dies als ein positives Zeichen des Staates gegenüber der Kirche.⁴⁸

Die KKL bestätigte nachfolgende Tagesordnung der Synode des BEK (15.–19. September in Eisenach):

- Bericht der KKL,
- Arbeitsbericht des Sekretariates,
- Bericht des Diakonischen Werkes,
- Behandlung des Synodalthemas »Konziliarer Prozess«,
- Vorlage des Ausschusses für die Arbeit der Kommissionen,
- Innerkirchliche Angelegenheiten einschließlich Einbringung von Kirchengesetzen.

Darüber hinaus stimmte die KKL dem Antrag des Präsidiums der Synode des BEK zu, für neugewählte Mitglieder der Synode und für Jugenddelegierte im Februar 1990 eine Synodalrüste im Rüstzeitheim Schönburg, [Kreis] Naumburg, durchzuführen. Als Schwerpunkte für diese Rüste wurden empfohlen: Die Begegnung und das gegenseitige Kennenlernen der Synodalen und Jugenddelegierten, die Vorbereitung auf die gemeinsame Arbeit in der Synode, das Kennenlernen des Aufbaus und der Struktur des BEK sowie die Informierung über Mandate und Aufgaben in den Gremien der evangelischen Kirchen in der DDR.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Christoph Demke, Jg. 1935, evangelischer Theologe, 1983–97 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

2

Martin Kramer, Jg. 1933, evangelischer Theologe, Pfarrer der Magdeburger Paulusgemeinde in Stadtfeld Ost, 1964–90 Mitglied der Synode der Landeskirche Sachsen, 1980–90 Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg).

3

Im Original: »Gäbler«. Rainer Gaebler, Jg. 1938, Ingenieur, seit 1972 Mitglied der Sächsischen Landessynode, 1986–90 Präses der Bundessynode der Evangelischen Kirchen in der DDR.

4

Die »Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR« war eine Veranstaltung des »Konziliaren Prozesses«, der auf Initiative der DDR-Delegation aus der Vollversammlung des Weltkirchenrates im Jahr 1983 hervorging. Auf drei Vollversammlungen (12.–15.2.1988 und 26.–30.4.1989 in Dresden sowie 8.–11.10.1988 in Magdeburg) berieten Delegierte der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die 3. Vollversammlung der ökumenischen Versammlung fand vom 26. bis 30.4.1989 im Gemeindehaus der Christuskirche in Dresden-Strehlen statt. Die am 30.4.1989 in der abschließenden Plenarberatung der Vollversammlung mit erforderlicher Zweidrittelmehrheit angenommenen zwölf Ergebnistexte finden sich in: Aktion Sühnezeichen, Pax Christi (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden. Eine Dokumentation. Berlin 1990.

5

Die Formel »Kirche im Sozialismus« entstand auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im Jahr 1971 in Eisenach. Damals erklärte der Vorsitzende des BEK, Albrecht Schönherr: »Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.« Diese Aussage war kein Bekenntnis zum Sozialismus, sondern die Akzeptanz seiner staatlichen und gesellschaftlichen Realität. Statt auf eine baldige Überwindung der politischen Verhältnisse zu hoffen, sollte sich die Kirche nach den Vorstellungen Schönherr in der gegebenen Gesellschaft engagieren, ohne zu einem Instrument des Staates zu werden. Die Kurzformel blieb bis zum Ende der DDR vage und umstritten.

Für die einen galt sie als Voraussetzung für ein Mindestmaß an Autonomie innerhalb der eigenen Räume. Für die anderen als unzumutbare Ein- und Unterordnung in den SED-Staat. Vgl. Mau, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990). Leipzig 2005, S. 108–116; Thumser, Wolfgang: Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel. Tübingen 1996.

6

Gemeint ist hier das Verhältnis von evangelischen Kirchen und den sogenannten »Basisgruppen«. Seit Anfang der 1980er Jahre fanden sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zahlreiche Bürger in Friedens-, Eine-Welt- und Umweltgruppen zusammen, um neue Themen zu setzen und alternative Aktionsformen auszuprobieren. Sie gründeten Netzwerke wie den »Arbeitskreis Solidarische Kirche«, das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« oder das jährliche Arbeitstreffen »Frieden konkret« und suchten für ihre Anliegen mit Friedensandachten, Umweltgottesdiensten, Mahnwachen, offenen Briefen oder Beiträgen in Samisdat-Zeitschriften konsequent die Öffentlichkeit. Über Landes- und Bundessynoden, Kirchentage und den »Konziliaren Prozess« gewannen sie zunehmend Einfluss auf kirchliche Entscheidungsprozesse, was mitunter zu Konflikten führte. Im Laufe der 1980er Jahre traten die Basisgruppen zudem deutlich politischer auf und forderten von den Kirchenleitungen mehr Konfliktbereitschaft und ein klares Eintreten für gesellschaftliche Reformen, etwa bei der Frage der Menschenrechte und des Wahlrechts. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, S. 289–324 u. 463–477.

7

Der maßgeblich von Margot Honecker initiierte IX. Pädagogische Kongress fand vom 13. bis 15.6.1989 im Palast der Republik in Ostberlin statt. Im Vorfeld der Veranstaltungen hatten sich zahlreiche Bürger zusammengefunden, um in kritischen Eingaben eine Neuausrichtung des Bildungswesens anzustoßen, darunter auch die aus der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft IX. Pädagogischer Kongress. Der Verlauf der Veranstaltung symbolisierte für viele kritische Beobachter die Unfähigkeit der SED-Führung, das DDR-Bildungswesen umfassend zu reformieren. Vgl. Kaack, Heike: Der IX. Pädagogische Kongress am Ende der DDR. Frankfurt/M. 2015.

8

Anlässlich des 500. Geburtstages des 1489 geborenen Theologen und Reformators Thomas Müntzer organisierte ein staatliches Komitee unter dem Vorsitz von Erich Honecker im Laufe des Jahres 1989 eine Reihe von Festveranstaltungen. Dazu gehörte die Errichtung von Müntzer-Denkmalern in Stollberg und Zwickau, die Eröffnung einer neuen Müntzer-Ausstellung im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin und die Einweihung eines von Werner Tübke gemalten Bauernkriegspanoramas in Bad Frankenhausen. Die Staatsbank der DDR gab zum Jubiläum Fünf- und Zwanzig-Mark-Gedenkmünzen heraus. Höhepunkt der Müntzer-Ehrung war ein Festakt in der Deutschen Staatsoper am 20.12.1989, der aber aufgrund der politischen Umwälzungen deutlich kleiner ausfiel als geplant und wenig Aufmerksamkeit fand. Die Feierlichkeiten zeigen, wie die DDR-Regierung Müntzer als Identifikationsfigur für den sozialistischen Staat verwendete. Sie inszenierte den Bauernkrieg als Vorgriff auf die Revolution der Arbeiterklasse und Müntzer als frühen Sozialrevolutionär und Vordenker des Sozialismus. Die Vorstellung von der »Arbeiter- und Bauernmacht« als Wirklichkeit gewordene Vision des »Reformators von Unten« sollte vor allem zum 40. Jahrestag der Staatsgründung betont werden. Vgl. Wendebourg, Dorothea: Doppelte Konkurrenz – die Reformationsjubiläen in der Zeit der deutschen Teilung. In: Deutschland Archiv, 27.10.2017, www.bpb.de (letzter Abruf: 27.2.2019); Bräuer, Siegfried: »Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk«. Die Thomas-Müntzer-Ehrung der DDR im Jahr 1989. In: Theologische Literaturzeitung, 137. Jg., 10, 2012, S. 1023–1040.

9

Nach siebenjähriger Grundsanierung wurde am 11.6.1989 der siebenhundert Jahre alte Greifswalder Dom St. Nikolai mit einem Festgottesdienst wiedereingeweiht. Das Prestigeprojekt war in der Mecklenburger Landeskirche hoch umstritten. Zum einen bemängelten viele Kirchenmitglieder die hohen Kosten der Sanierung, während kleinere Kirchenhäuser verfielen. Den Großteil der Gelder hatte die bundesdeutsche Krupp-Stiftung beigesteuert, ein Fünftel der Kosten trug das staatliche Institut für Denkmalpflege der DDR. Zum anderen galt das Vorhaben als Sinnbild für die enge Kooperation zwischen Landeskirche und Staat (»Greifswalder Weg«). Besonders die Einladung Erich Honeckers zum Festgottesdienst, die der Landesbischof Horst Gienke ohne Rücksprache mit Synode und Kirchenleitung arrangiert hatte, löste heftige Proteste aus. Es war die erste Teilnahme des SED-Chefs an einer größeren Kirchenveranstaltung und sein letzter großer öffentlicher Auftritt vor seinem Sturz am 18.10.1989. Für Unmut sorgte ebenso die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen Gienke und Honecker im »Neuen Deutschland« kurz nach dem Festakt. Darin wurden die Kirchenzeitungen wegen ihrer kritischen Berichterstattung über die Domeinweihung angegriffen. Am Ende geriet der Bischof derart unter Druck, dass er im November 1989 von der Landessynode mit seiner Zustimmung in den Ruhestand versetzt wurde – ein für die evangelische Kirche bis heute einmaliger Vorgang. Vgl. Frank, Rahel: Einsam oder gemeinsam? Der »Greifswalder Weg« und die DDR-Kirchenpolitik 1980 bis 1989. Schwerin 2016, S. 287–313.

10

Der Kirchentag und Kirchentagskongress der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen fand vom 6. bis 9.7.1989 in Leipzig unter dem Motto »Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst?« statt. Nach massivem staatlichem Druck verzichteten die Veranstalter auf Themen mit größerer politischer Brisanz. Aus Protest dagegen organisierten Leipziger Vertreter der »Kirche von Unten« einen »Statt-Kirchentag« in der Lukaskirche, an dem ca. 2 500 Personen teilnahmen. Die Staatssicherheit versuchte beide Ereignisse im Rahmen der »Aktion Kongreß 89« umfassend abzusichern. Unter anderem behinderte sie einen Demonstrationszug in die Leipziger Innenstadt, der sich nach dem Abschlussgottesdienst auf der Leipziger Rennbahn in Gang gesetzt hatte. Der 23. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 7. bis 11.6.1989 in Westberlin mit der Losung »Unsere Zeit in Gottes Händen« statt.

11

Johannes Hempel, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1972–94 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsen, 1982–86 Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

12

Gottfried Forck, Jg. 1923, evangelischer Theologe, 1981–91 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – Bereich Ost, 1984–87 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union für den Bereich DDR.

13

Eberhard Natho, Jg. 1932, evangelischer Theologe, seit 1970 Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, seit 1971 Pfarrer in der St.-Georg-Gemeinde in Dessau, 1981–90 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR.

14

Absatz am Rand markiert und letzter Satz handschriftlich unterstrichen.

15

Satz handschriftlich unterstrichen.

16

Horst Gienke, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1972–89 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswald, 1987–89 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union in der DDR. Kam wegen seiner SED-nahen Amtsführung immer stärker unter Druck. Vor allem die Einladung Honeckers zur Einweihung des Greifswalder Doms St. Nikolai ohne Rücksprache mit Synode und Kirchenleitung brachte ihm innerhalb der Kirche scharfe Kritik ein.

17

Joachim Rogge, Jg. 1932, evangelischer Theologe, 1986 Mitglied der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, 1986–95 Bischof der Görlitzer Landeskirche.

18

Zum Dokument 003 vgl. Aktion Sühnezeichen, Pax Christi (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dresden – Magdeburg – Dresden. Eine Dokumentation. Berlin 1990, S. 72 ff.

19

Die erste Europäische Ökumenische Versammlung unter dem Motto »Frieden in Gerechtigkeit« fand vom 15. bis 21.5.1989 in Basel statt. Das von der Konferenz Europäischer Kirchen und vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen organisierte Treffen war Teil des »konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«. Das Abschlussdokument »Frieden in Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung« ist abgedruckt in: Frieden in Gerechtigkeit. Die offiziellen Dokumente der Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel. Basel, Zürich 1989, S. 43–84.

20

Letzter Satz am Rand markiert.

21

Gemeint ist hier wohl das Positionspapier der Arbeitsgruppe Menschenrechte des BEK als Vorlage für die Klausurtagung der KKL in Buckow vom 11. bis 13.3.1988. Vgl. BArch, Abteilung Potsdam, O-4, Nr. 1226. Letzter Satz am Rand markiert.

22

Werner Leich, Jg. 1927, evangelischer Theologe, 1978–82 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1986–90 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitung in der DDR.

23

Das Thüringer Basisgruppentreffen fand zum ersten Mal im Jahr 1986 statt, um zusätzlich zum Netzwerk »Frieden konkret« die Kommunikation zwischen den kirchlichen Basisgruppen im Thüringer Raum zu verbessern. Im April und September 1987 und März und September 1988 und 1989 kam es zu Folgetreffen in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde in Weimar. Bei der letzten Zusammenkunft im September 1989 unter dem Motto »Kirche als politische Kraft« zählten Landesbischof Leich und der Braunsdorfer Pfarrer Walter Schilling zu den Hauptreferenten. Vgl. Neubert, Ehrhart; Auerbach, Thomas: »Es kann anders werden«. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Köln 2005, S. 178 f.

24

Zitat Leichs am Rand markiert.

25

Name »Leich« handschriftlich umkreist.

26

Handschriftliche Unterstreichung ab »Es sei aber nicht Aufgabe ...«.

27

Handschriftliche Unterstreichung ab »evangelische«.

28

Christoph Stier, Jg. 1941, evangelischer Theologe, 1984–96 Landesbischof von Mecklenburg, 1986–89 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR. Name »Stier« handschriftlich umkreist.

29

Namen »Gienke« und »Rogge« handschriftlich unterstrichen.

30

Ernst Petzold, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1976–91 Direktor des Diakonischen Werks der DDR, 1988–92 Präsident des Internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie.

31

»Petzold (Berlin) die Auffassung« handschriftlich unterstrichen.

32

Gemeint ist das Treffen des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mit der Evangelischen Kirchenleitung am 6.3.1978. Neben Delegationsleiter Albrecht Schönherr nahmen Manfred Stolpe, Christina Schultheiss und Werner Krusche teil. Das Gespräch verdeutlicht die Einsicht in die fortdauernde Existenz von sozialistischer Staatsordnung und christlichem Gemeindeleben in der DDR. Am Ende stand ein Stillhalteabkommen: Die Kirche verzichtete auf politische Konfrontationen und behielt dafür ihre institutionelle Eigenständigkeit bei. Honecker gestattete überdies innerkirchliche Druckerzeugnisse und Organisationsfreiheit, christliche Gefängnisseelsorge, staatliche Zuschüsse für evangelische Kindergärten und ein begrenzten Auftritt kirchlicher Vertreter in Rundfunk und Fernsehen. Siehe weiterführend Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 243–246.

33

Satz handschriftlich unterstrichen.

34

Björn Engholm, Jg. 1939, SPD-Politiker, 1988–93 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1991–93 Parteivorsitzender der SPD.

35

Gemeint ist hier der Altbundespräsident Karl Carstens, Jg. 1914, CDU-Politiker, 1973–76 Fraktionsvorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, 1976–79 Präsident des Deutschen Bundestages, 1979–84 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

36

Berthold Beitz, Jg. 1913, Kaufmann, seit 1949 Generaldirektor der Iduna-Germania-Versicherung in Hamburg, 1970–89 Aufsichtsratsvorsitzender der Alfred-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung, seit 1989 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Friedrich Krupp GmbH. Die Krupp-Stiftung hatte einen Großteil der Kosten für das Sanierungsvorhaben übernommen.

37

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates, am 18.10.1989 Rücktritt von allen Ämtern, am 3.12.1989 Ausschluss aus der SED.

38

Satz am Rand markiert.

39

Martin Kirchner, Jg. 1949, Jurist und CDU-Funktionär, 1975–86 Vorstandsmitglied des Kreiskirchenamtes in Gera, anschließend Oberkirchenrat und stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen. Drängte im Herbst 1989 auf eine Reform der Ost-CDU. Am 15. Dezember zum Generalsekretär der Partei gewählt. Nach Bekanntwerden seiner IM-Tätigkeit im August 1990 Verlust aller politischen Ämter.

40

Name und Ort handschriftlich unterstrichen.

41

Helmut Zeddies, Jg. 1935, evangelischer Theologe, seit 1989 stellvertretender Leiter des BEK-Sekretariats.

42

Absatz am Rand markiert.

43

Ein Antrag auf ständige Ausreise war ein Auswanderungersuchen. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer

Anträge zu erreichen.

44

Satz am Rand markiert.

45

Martin Ziegler, Jg. 1931, evangelischer Theologe, 1968–74 Superintendent in Merseburg, 1975–83 Direktor des Diakonischen Werks der Inneren Mission. 1983 übernahm er als Oberkirchenrat von Manfred Stolpe die Leitung des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

46

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen gab im Januar 1986 der »Kommission für kirchliche Arbeit mit Kindern und Konfirmanden« im BEK den Auftrag, eine Analyse der Schulbücher für die Fächer Heimatkunde, Geschichte, Staatsbürgerkunde und Deutsch/Literatur zu erarbeiten. In diesen Fächern waren die Spannungen zwischen christlicher und kommunistischer Erziehung besonders ausgeprägt. Die 82 Seiten umfassende Analyse wurde im Herbst 1988 vom BEK als kircheninternes Material für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen herausgegeben und auch in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR diskutiert. Zur Schulbuchanalyse siehe Schneider, Ilona-Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation. Opladen 1995, S. 306–308. Darin sind auch Auszüge der Schulbuchanalyse ediert.

47

Satz ab »erarbeitete« handschriftlich unterstrichen.

48

Absatz am Rand markiert.